Kleine Revolution im Strafvollzug

Russlands Präsident entlässt hohe Beamte – Gefängniswesen soll neu geordnet werden

Nach dem Tod eines bekannten Untersuchungshäftlings in Russland sind hohe Gefängnisbeamte entlassen worden. Der Strafvollzug soll neu organisiert werden.

Markus Ackeret, Moskau

Russlands Strafvollzug wird derzeit heftig durchgeschüttelt. Ende vergangener Woche war bekanntgeworden, dass Präsident Medwedew zwanzig höhere Beamte der für das Gefängniswesen zuständigen föderalen Behörde ihrer Aufgaben entbunden hatte. Das erregte einige Aufmerksamkeit, weil es im russischen Beamtenapparat eher unüblich ist, derart geräuschvoll und zahlreich Abberufungen vorzunehmen. Obwohl die Strafvollzugsbehörde die Entlassungen als Teil einer Restrukturierung darstellte, erschienen sie als Konsequenz eines tragischen Vorfalls in einem Moskauer Untersuchungsgefängnis.

Der Fall Magnitski als Fanal

Dort war vor vier Wochen der Jurist Sergei Magnitski, Anwalt eines Investmentfonds, gestorben – an den Folgen unterlassener medizinischer Hilfe, wie aus dem Umkreis des Verstorbenen schlüssig berichtet wird. Der Tod des 36-Jährigen hatte in Wirtschafts- und Menschenrechtskreisen für grosse Betroffenheit gesorgt und ein Schlaglicht auf die teilweise himmelschreienden Zustände im russischen Strafvollzug geworfen. Erst die Einmischung Medwedews hatte die Einleitung eines Strafverfahrens provoziert. Eine Untersuchung kam zwar Ende vergangener Woche zum Schluss, weder den Gefängnisbeamten noch den Ermittlern komme Schuld zu, doch erscheint dieser Befund angesichts der Aufzeichnungen Magnitskis wenig überzeugend.

Selbst ein Vizechef der Gefängnisbehörde hatte der Verwaltung eine Mitschuld zugewiesen. Die Entlassung des Leiters der Gefängnisbehörde von Moskau und des Direktors zweier Moskauer Untersuchungsgefängnisse brachte der seit August amtierende Chef des Strafvollzugsdienstes, Alexander Reimer, in direkten Zusammenhang mit dem Todesfall. Die andern Entlassungen sollen hingegen damit nichts zu tun haben.

Das Signal, das Medwedew mit den Abberufungen aussendet, ist aber ein anderes. Die Gefängnisbehörde steht seit langem in der Kritik, ganz besonders von Menschenrechtsaktivisten, denen die Zustände in den Untersuchungsgefängnissen und Strafkolonien ein Dorn im Auge sind. Reformbestrebungen gibt es zwar, doch krankt der Strafvollzug an seiner aus dem sowjetischen Lagersystem übernommenen Struktur und Mentalität. Der neue Behördenchef Reimer, als Polizeioffizier im Unterschied zu seinem Vorgänger kein Abkömmling aus dem Gefängnisapparat, hat nun in den Medien Grundzüge einer umfassenden Reform vorgestellt.

Mehr Gefängnisse

Vor dem Hintergrund der Geschichte des russischen Strafvollzugs tragen die Pläne fast schon revolutionäre Züge. Die Strafkolonien sollen abgeschafft werden. Künftig sollen Schwerverbrecher und Wiederholungstäter in Gefängnissen untergebracht werden; Ersttäter und Verurteilte mit geringeren Vergehen sollen in zwei Formen von Wohnkolonien ihre Strafe verbüssen. Im bisherigen Strafvollzug waren geschlossene Gefängnisse nur für Untersuchungshäftlinge und lebenslänglich Verurteilte vorgesehen gewesen. Wohnkolonien – eine Art Dorf für Verurteilte – waren die mildeste Form der Haftverbüssung. Der Bevollmächtigte des Präsidenten für Menschenrechte, Lukin, forderte in einer ersten Reaktion eine breite Diskussion der Reform. Bis jetzt höre er von der Gefängnisbehörde stets nur schöne Worte, meinte er vorsichtig.